



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insektionsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 12. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 8. Januar 1880.

## Deutschland.

Berlin, 7. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem fürstlich lippschen Cabinetsminister Eschenburg zu Detmold den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern verliehen.

Se. Majestät der König hat den Director der Hamburger Filiale der Deutschen Bank, Schöller in Hamburg, zum Mitgliede der General-direction der Seehandlungs-Gesellschaft mit dem Amtscharakter als Seehandlungs-Rath ernannt.

Der praktische Arzt Dr. Straßner ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Auland zum Kreisphysikus des Kreises Hoyerwerda ernannt worden.

Berlin, 7. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen und demnach die Vorträge des Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski, sowie des Vice-Ober-Ceremonienmeisters Grafen zu Eulenburg entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besuchte gestern die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg und war in der Abendandacht der Evangelischen Allianz anwesend.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen. Nachmittags hörte derselbe den Vortrag des aus Oesterreich zurückgekehrten Finanzministers Bitter.

(Reichs-Anz.)

— Berlin, 7. Jan. [Die Vorlagen des Ministers des Innern. — Nothstands-Vorlage. — Fürst Bismarck. — Brandweinsteuer. — St. Valliers.] Entgegen verschiedenen oft in recht bestimmter Form auftretenden Behauptungen haben wir an dieser Stelle seit Wochen gemeldet, daß die Staatsregierung nicht entfernt daran denke, auf ein Resultat der Vorlagen des Ministers des Innern in dieser Session zu verzichten, ja daß man regierungsseitig auf eine Nachsektion für den äußersten Fall in das Auge gefaßt habe. Die officiöse „Prov.-Corresp.“ bestätigt heute unsere Mittheilung in vollem Umfange. Wir können aus ziemlich directer Quelle hinzufügen, daß die Regierung von der Ansicht ausgeht, daß jeder weitere Schritt zur Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die gesamte Monarchie eine Verständigung über die jetzt vom Minister des Innern gemachten Vorlagen zur Voraussetzung habe.

Im Ministerium des Innern ist man mit Ausarbeitung einer Denkschrift beschäftigt, welche die Creditforderung zur Enderung des Nothstandes in Oberschlesien und zur nachhaltigen Vorbeugung der Wiederkehr solcher Nothstände begleiten soll. Die Denkschrift ist nahezu abgeschlossen, von ihrer Fertigstellung ist der Termin zur Einbringung der Nothstandsvorlage abhängig. Die Denkschrift geht auf die Gründe und die Entstehung des Nothstandes ein und bringt ein genaues, nach Procenten berechnetes Verhältniß über die Anzahl der heimgefahrenen Einwohner und knüpft daran Mittel zur organischen Abhilfe des Nothstandes. Wie man hört, wird die Forderung der Regierung sich auf die Höhe von 6 bis 7 Mill. Mark belaufen. Dem Landtage werden ganz bestimmte Vor schläge zur Abhilfe der Nothstände unterbreitet werden.

Fürst Bismarck, den einzelne Zeitungsberichte heute bereits mit einem Extrazuge von Berlin nach Breslau reisen ließen, ist bis zur späten Nachmittagsstunde noch nicht eingetroffen und heute, wie wir hören, auch nicht mehr zu erwarten. Nach den in seinem Hause getroffenen Dispositionen ist man auf seine Ankunft überhaupt noch nicht vorbereitet, auch hat die Frau Fürstin ihre Wohnung bei ihrer Tochter bis heute noch nicht verlassen.

— Von einer Erhöhung der Brandweinsteuer ist in bundesrätlichen Kreisen bis jetzt nicht das Mindeste bekannt. Jedenfalls ist im Bundesrathe keine dahingehende Aeußerung gemacht worden.

Die Nachrichten über eine definitive Erledigung der Frage, ob der französische Votschafter Saint Valliers auf seinem hiesigen Posten verbleiben werde, sind, wie wir positiv versichern können, verfrüht. Thatsächlich hat Graf St. Valliers seine Entlassung eingereicht und der Präsident Grévy dieselbe angenommen, ohne daß sie bis jetzt zurückgenommen worden wäre. Daß eine Verständigung bezüglich des Verbleibens des Grafen St. Valliers auf seinem Posten wahrscheinlich ist, haben wir bereits früher mitgetheilt. Zunächst aber befindet sich die Sache durchaus noch in der Schwebe.

[Niedererschlagung von Gerichtskosten.] In Gemäßheit der Bestimmungen in den §§ 29 und 30 des Ausführungsgesetzes vom 10ten März v. J. zum Gerichtskosten-Gesetz vom 18. Juni 1878 ist die Einziehung der Gerichtskosten sowie deren Niedererschlagung wegen Armuth des Schuldners auf das Finanzressort übergegangen. Demzufolge sind, nach einem Circularerlaß des Ministers des Innern vom 30. November v. J., Gesuche, bei denen es sich um die Niedererschlagung von Transport- und Detentionskosten, sei es von solchen allein oder zugleich auch von Gerichtskosten, wegen Vermögenslosigkeit und Armuth handelt, sowie die Berichte über solche Gesuche fernerhin nicht mehr an den Minister des Innern resp. an den Justizminister und den Minister des Innern, sondern stets an den Finanzminister und den Minister des Innern zu richten. In Fällen, wo es sich um die Begnadigung eines Verurtheilten wegen ihm durch ein Strafurtheil auferlegter Gerichtskosten und Detentionskosten handelt, ist wie bisher zu verfahren, da in dieser Beziehung eine Aenderung der Ressortverhältnisse nicht stattgefunden hat.

C. D. München, 5. Jan. [Königlicher Glüdwunsch an das spanische Königspaar. — Neue deutsche Rechtschreibung. — Ueberschwemmungen.] Seine Majestät der König hat dem spanischen Königspaar sofort auf die officiellen Runden des erneuten Attentates in einem Telegramm seinen innigen Gefühlen über die glückliche Errettung aus Mörders Hand den wärmsten Ausdruck verliehen.

Die neue deutsche Rechtschreibung wurde durch Kriegs-Ministerialentscheidung an den Militärbildungs-Anstalten und im dienstlichen Schriftverkehr eingeführt.

Im Justizministerialblatt vom 31. December v. J. wurden die Vorschriften über die Amtskleidung der Richter bekannt gegeben und in einer Bemerkung zugleich die Firma Lorey und Krempelhuber in München als diejenige bezeichnet, von welcher vorchriftsmäßig nach den Normalzeichnungen und Modellen hergestellte Roben und Barett bezogen werden können.

Der Ausschuß des Arbeitgebervereins der Münchener Schneidermeister erachtet sich nunmehr durch diese in einem amtlichen Organe enthaltene Empfehlung in seinen geschäftlichen Interessen geschützt und erklärt in öffentlichen Blättern eine Erklärung, daß sämtliche Schneidermeister in der Lage seien, die Roben ebenso genau nach Vorschrift auszuführen. Auch sei kein Grund vorhanden, die Concurrenz des empfohlenen Handlungshauses zu scheuen.

Schließlich erklärt sich der Ausschuß bereit, an die Gewerksmeister — auch nach auswärtig — unentgeltlich die Schnittmuster der Robe und jede Auskunft darüber bereitwilligst abzugeben. Ohne alle Berechtigung scheint uns dieses Vorgehen des genannten Ausschusses nicht zu sein.

— Aus allen Gegenden Bayerns gelangen Nachrichten über eingetretene oder bevorstehende Ueberschwemmungen zur Kenntniß.

## Oesterreich.

Wien, 6. Jan. [Eisstoß, Börse und Politik.] Der Eisstoß ist vorüber — glücklich, sagen die Leute, mit Recht aber nur insoweit, als es sich lediglich um den Stadtrayon handelt; und selbst da muß man doch immerhin befürchten, daß nach neuem Froste die ganze Unruhe noch einmal von vorne losgeht. Aber sei's drum! das Schleusenwerk, das unter dem Namen des Sperrschiffes den die Stadt durchziehenden Donaukanal am Rudolfsplatz „Spitz“, wo er sich von dem regulirten Hauptstrome abzweigt, hermetisch verschließt, hat sich als mächtiger Retter in der höchsten Noth vortrefflich bewährt. Wohl frachte es unter dem Anprall der Fluthen und der Eismassen in allen Fugen; auch theilweise unterwaschen soll der Betonboden sein, auf dem das Sperrthor ruht; der eine und die anderen jener gewaltigen Eisenwider, die es schützen und die man „Nadeln“ heißt, gelockert sein. Aber es hielt wacker Stand; Wasser und Schollen mußten hübsch den Abmarsch durch die große Donau nehmen, wo der Wasserstand vor dem Wehr dritthalb bis drei Meter höher war, als im Canale hinter demselben. Die sonst immer zunächst bedrohten Anwohner des Canals, besonders in der Leopoldstadt, für die der Abgang des Eisstoßes sonst immer eine Zeit der höchsten Aufregung ist, sind also geborgen gewesen, wie in Abrahams Schoße. Die Erwartung dagegen, daß die Regulirung der großen Donau, d. h. die Sammlung ihrer zahllosen gewundenen Arme in ein gewaltiges, geradeliniges Strombett der Ueberschwemmungsgefahr auch für die Umgebung Wiens ein Ende machen werde, ist schwer enttäuscht. Schon Vororte wie Simmering und Kaiserebersdorf sind unter Wasser gesetzt; nicht nur aus der Lobau, auch aus den nächsten Praterauen, wie aus dem Rennplatz der Freudenau gelang es — nur unter Lebensgefahr, viele Einwohner zu retten, die sich bereits dem Tode verfallen gaben. Urtheilen Sie danach, welchen vernünftigen Grund die Börse hatte, als sie heute am Feiertage das Ende der Wasserstoch zum Vorwande nahm, um die Haussebewegung des Courszettels bis zu einer wahren Orgie zu steigern, als handle es sich darum, Jehova ein Brandopfer darzubringen für Errettung aus der Sündfluth. Der Kagenjammer am Ende dieses völlig sinnlosen Taumels, der schon an das Jahr 1873 erinnert, wird schwerlich ausbleiben. Denn der politische Himmel — gar nicht zu reden vom Zinsetragnisse der Papieren, die man wieder einmal wie die Drachen steigen läßt — ist wahrlich nicht darnach angethan, solchen Enthusiasmus zu rechtfertigen. Steht doch unser auswärtiges Amt auf dem Punkte, in Petersburg wegen der Truppen-Concentrationen bei Kiew in aller Freundschaft anzufragen, und weiß man doch am Ballplatz recht gut, daß die Injurierungen des Offiziers, den Mukhtar Ghazi an die Grenze zu den Albanesen entsendet hat, ganz anders lauten, als die friedfertigen Proclamationen des Sultans, welche die Bewohner von Gushine und Plawa zur ruhigen Unterwerfung unter Montenegro ermahnen!

## Frankreich.

Paris, 5. Januar. [Die Aufgaben des Ministeriums. — Challemel-Lacour. — Die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland. — Montalivet.] Der Himmel hängt dem Ministerium der Freycinet voller Geigen. Selten dürfte es einem Ministerium so leicht gemacht worden sein, lange und gut zu regieren wie diesem, wenn es sich nur seiner Aufgabe vollständig bewußt ist und auf die Lösung derselben, ohne sich von kleinlichen Nebenrücksichten beirren zu lassen, geradezu loszusteuern den Muth hat. Die begonnene Veränderung des Beamtenpersonals, die Eile, mit welcher der Conseil an die Ausarbeitung eines den Kammern gleich beim Beginn der Session vorzulegenden vollständigen Programms geht, das alles beweist, daß man den guten Willen hegt, etwas zu leisten. Blätter, wie der „Soir“, dessen Partei, das linke Centrum, doch von dem neuen Cabinet aus Amt und Würden gedrängt worden, erklären, daß ihre Zustimmung den von de Freycinet und seinen Collegen zu vollbringenden nützlichen Werken gewiß sei. Sie verlangen nur, daß die Regierung die nöthige Entschlossenheit zeige, und sich nicht zu sehr angelegen sein lasse, allen Launen des Parlaments gefällig zu sein. „Soir“ fügt die verständigen Worte hinzu: Was bisher die Cabinet zu Grunde gerichtet und die Kammern verhindert hat, die schwebenden Gesetzesangelegenheiten in nützlicher Weise zu erledigen, war die große Neigung der gesetzgebenden Körperschaften, sich in Alles zu mengen, und die Schwäche der Minister, den gefreuten Herren von der Kammer immer zu Willen zu sein. Das war die Verneinung der Ministerverantwortlichkeit und dem muß ein Ende gemacht werden. Die Kammern selber beginnen übrigens einzusehen, daß es so nicht fortgehen kann, daß sie selber bemüht sein müssen, ernsthaft zu arbeiten, um nicht nach Ablauf ihres Mandats mit leeren Händen vor ihre Wähler zu treten.

Die „Republique Française“ variirt dasselbe Thema, indem sie bemerkt, daß das Cabinet habe mit Erfolg debattirt. Die Entrüstung der reactionären Blätter allein sei schon ein vollgültiger Beweis dafür. Nur müsse mit der begonnenen Aufräumung unter den antirepublicanischen Beamten gründlich vorgegangen werden. Alles müsse in dieser Beziehung anders werden, in Paris wie auf dem Lande. Das Cabinet habe keine dringendere Aufgabe als diese. „Unsere besten Glückwünsche, ruft das Gambetta'sche Organ schließlich, zu der ersten Ausfegung.“ — Die Ernennung Challemel-Lacour's zum Votschafter in Berlin gilt jetzt für eine ausgemachte Sache. Bei dieser Gelegenheit erinnert man sich daran, daß Challemel-Lacour bereits früher zu dem deutschen Votschafter, Fürsten Hohenlohe, in ausgezeichneten Beziehungen gestanden; interessant ist dabei, daß gerade Saint-Vallier die beiden miteinander bekannt gemacht hat. Als einen bezeichnenden Umstand hebt man ferner hervor, daß Challemel-Lacour letzter Tage unmittelbar nach seinem Eintreffen in Paris vom Fürsten Hohenlohe zu Tische geladen wurde. Das alles ist den Reactionären sehr verdrüsslich und die guten Leute verstehen es schlecht, ihren Mergel zu verbergen. Nachdem sie zuerst in angeblichen patriotischen Aengsten behauptet hatten, der Rücktritt Saint-Valliers müsse einen unheilbaren Bruch mit Deutschland herbeiführen, eifern sie jetzt mit ebenso aufrichtiger patriotischer Entrüstung darüber, daß Frankreich so tief herab-

gekommen sei, um auf die mehr oder minder freundliche Haltung des deutschen Votschafters und des deutschen Kanzlers den höchsten Werth legen zu müssen! Unnötig zu sagen, daß in den Regierungen- und republikanischen Kreisen die günstige Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland große Befriedigung hervorruft. Eine gewisse Enttäuschung soll dagegen das schnelle und bezeichnende Auftreten des Fürsten Hohenlohe in einem Theil der diplomatischen Gesellschaft hervorgerufen haben. Die Vertreter mehrerer Mächte hatten etwas ganz Anderes erwartet, und sie wissen sich nun nicht recht in die neue Situation hineinzufinden. — Der Telegraph meldet heute den Tod Montalivets. Der letzte noch überlebende Minister Louis Phillips ist hochbetagt auf seinem Gute Lagrange bei Sancerre gestorben. Montalivet gehörte zu den aufrichtig liberalen Männern des Justizministeriums und mehr als einmal ist er gegen Guizot aufgetreten. Die Republikaner von heute wissen ihm Dank für die Entschiedenheit, mit welcher er im Jahre 1874 in seinem bekannten Briefe an Casimir Perier ihre Sache zu der seinigen machte.

Paris, 6. Jan. [Kaiser Wilhelm und Graf Saint-Vallier. — Der päpstliche Nuntius. — Die zu erwartende Erklärung des Ministeriums. — Der Senat und Artikel 7 des Ferry'schen Gesetzes. — Der Kriegsminister als Senats-Candidat. — Der Justizminister. — Der „Gaulois“ über Richard Wagner.] Die reactionären Organe machen sich ein besonderes Vergnügen daraus, den vom „Berliner Tageblatt“ erzählten sogenannten, vielleicht wahren, jedenfalls aber nicht wahrcheinlichen Zwischenfall zwischen Kaiser Wilhelm und Herrn de Saint-Vallier recht gründlich breit zu treten. Von den Blättern des linken Centrums macht nur der „Soir“ einiges Aufheben davon, wobei er dem Zwischenfall aber gleichzeitig die Spitze zu benehmen sucht. „Télégraphe“ reproducirt ohne Commentar, nur „Temps“ hat den guten Geschmack, die ganze Geschichte keiner Erwähnung zu würdigen. Interessanter als diese Sensationsnachricht ist es, was man über die versöhnliche Haltung des hiesigen päpstlichen Nuntius erfährt, die von dem Publikum trotz des versuchten Todtschweigens der retrograden Organe von der öffentlichen Meinung sehr günstig aufgenommen wird. Man citirt mit Bezug darauf ein Wort von Monsieur Gachet, das seine Bedeutung hat. Der eminente Prälat hätte gesagt: „Ich werde meinen Ehrgeiz darenin setzen, der Republik zu beweisen, daß sie mit der Religion, und dieser, daß sie mit der Republik auskommen könne.“ Diese Aeußerung fällt doppelt in's Gewicht in einem Augenblicke, wo geistliche und weltliche Ultramontane um die Wette dahin wirken, den Riß zwischen Kirche und Staat dadurch zu erweitern, daß sie den Kammerbeschlüssen ein Schnippen schlagen zu sollen glauben. Gewisse Geistliche, denen es natürlich von oben herab insinuiert wurde, und weltliche Reactionäre, wie Herr Bontour, haben sich an die Spitze einer Propaganda gestellt, zu dem Zwecke, den Bischöfen die votirte Gehaltschmälerung aus dem Sädel des Publikums und auf dem Wege „freiwilliger“ Spenden zu vergüten. Die Privathilfsvereine, die zu der staatlichen Assistance publique in Opposition treten, verfolgen, wenn auch unausgesprochen denselben Zweck, dem aber durch die liberale Auslegung der Gesetze durch den Minister des Innern, der ihnen gestattet, die von ihnen gesammelten Summen nach Belieben zu verwenden, vgläufig die Spitze abgebrochen wird. Wir sagen vorläufig, denn das bedeutendste Organ der Kammermajorität, die „Republique Française“, spricht sich energisch gegen diese Interpretation der Gesetze aus. Ueber das Programm des Ministeriums, sowie darüber, ob Erklärung oder Votschaft beliebt werden werde, haben wir immer noch bloße Andeutungen, da die Sache erst heute in dem von Grévy präsidirten Ministerrathe zum Austrage kommen dürfte. Soviel scheint gewiß, daß nur die Hauptpunkte der vorzuschlagenden Gesetzesreformen in dem Programm hervorgehoben, daß die friedliche auswärtige Haltung in demselben betont werden wird und daß eine Erklärung mehr Wahrscheinlichkeit für sich hat als eine Votschaft. — Nach den Beschlüssen in der gestern stattgehabten Sitzung der Bureau der Senatslinken hat die Regierung selbst von den äußersten republikanischen Fractionen dieses gesetzgebenden Körpers sehr wenig zu befürchten. Der Artikel 7 des Ferry-Gesetzes stößt selbst im linken Centrum nicht auf den energischen Widerstand, auf den noch kürzlich die Ultramontanen so viele schöne Eufischlöcher aufbauten. — Man spricht mit ziemlicher Bestimmtheit von der Absicht der Senatsmajorität, dem neuen Kriegsminister Farre den Fauteuil des dahingegangenen Montalivet im Senat zu reserviren. — „Gaulois“ bringt heute eine stark unwahrscheinlich klingende Nachricht, die wir aber reproduciren, erstens ihrer Curiosität wegen, zweitens weil in dieser Welt eben Alles möglich ist: Saint-Vallier soll seinen Posten in Berlin behalten. — Aus der trockenen Sprache des Justizministers Cazot gelegentlich der Empfangsfeierlichkeiten entnimmt die öffentliche Meinung mit Vergnügen, daß auch im Justizdepartement stark aufgeräumt werden dürfte. Es ist auch bemerkt worden, daß der Präsident des Cassationshofes den Minister der Achtung seines Tribunals für alle, besonders aber für organische Verfassungsgesetze versichert hat. Etwas nicht mehr Ungewöhnliches, aber doch Erfreuliches ist der enthusiastische Artikel, den heute der „Gaulois“ Richard Wagner widmet. Fourcaud, einer der Hauptmitarbeiter dieses Blattes, hat den ergrauten Meister in Baireuth aufgesucht und macht sich in berechneten Worten über die Eindrücke lust, die er daselbst empfangen. Wir haben von diesem Artikel zwei Stellen hervorzuheben: In der einen erklärt der Autor freimüthig, daß für ihn Kunst und Politik zwei ganz getrennte Dinge seien, daß er den Meister Wagner nicht für den Pamphletisten von 1870 verantwortlich zu machen habe. Er habe es mit einem seltenen Genius zu thun und kümmerne sich eben nur um dessen künstlerische Seite. Deswegen sei er ein so guter Patriot wie ein anderer. Bravo! In der andern Stelle läßt sich Wagner folgendermaßen vernehmen: Man setzt in Paris Groll bei mir voraus. Groll? und weswegen? Weil der Tannhäuser daselbst ausgeführt worden ist? .. Was wollen Sie, es war eben die Zeit der ersten Musik noch nicht gekommen. Ueber die Presse habe ich mich nicht so sehr zu beklagen gehabt, als man ausgesprochen. . . . Was Baudelaire, Champfleury und Schuré über meine Musik geschrieben, gehört zu dem Besten, was insgesamt über meine Musik gesagt wurde. Sie sehen also, ich bin gar nicht so unzufrieden, als



man behauptet. Dazu der Wunsch des Journalisten, der Compo-  
siteur des Parival möge baldigst von seinen Leiden erlöst, der  
schaffenden Arbeit zurückgegeben werden, denn der Artikel ist anlässlich  
der Krankheit des Meisters geschrieben. Auch das ist ein nicht zu mis-  
kennendes Zeichen der Zeit.

## Amerika.

San Francisco, 4. Decbr. [Der Bürgerkrieg in Samoa.] Die  
soeben von Samoa eingetroffene Post, schreibt man dem „S. C.“, bringt  
uns die unerfreuliche Nachricht, dass der Bürgerkrieg, welchen man als er-  
löschend betrachtete, von Neuem aufgeloht ist. Die fremden Consuln hatten  
sich darüber verständigt, den neugekrönten König Malietoa als den recht-  
mässigen Regenten der Inselgruppe anzuerkennen und demzufolge schloß  
auch der englische Bevollmächtigte einen Handels- und Freundschaftsvertrag  
mit ihm ab, der ihm Wesen gleichlautend ist mit dem deutschen. Die beiden  
Verträge unterscheiden sich eigentlich nur dadurch, daß im deutschen Ver-  
trag der Hafen ganz bestimmt genannt wird, welcher von Deutschland jeder  
Zeit in Besitz genommen werden kann, während im englischen Vertrag  
gesehen wird, daß sich England ganz nach Belieben irgend einen Hafen auf der  
Inselgruppe als Eigentum auswählen dürfe, vorausgesetzt nur, daß der-  
selbe nicht von Deutschland und Amerika vertragsmäßig beansprucht werden  
könne. Dieser Vertrag kann als der Preis betrachtet werden, welchen Malietoa  
für seine Anerkennung als König von Seiten Englands zahlte. Alles schien  
sich gut anzulassen. Der amerikanische Abenteuer General Bartlett wurde  
von einer Abtheilung amerikanischer Marinesoldaten aufgegriffen und auf  
Veranlassung seines Consuln vor einen Gerichtshof gestellt, der aus den  
deutschen, englischen und amerikanischen Consuln zusammengekehrt war. Die  
Anklage lautete auf Verwörung gegen den von allen Consuln anerkannten  
Regenten von Samoa und auf Ungehorsam gegen seinen Consul, dessen  
Proclamation in Bezug auf die Anerkennung Malietoa's er mißachtet hatte.  
Der Gerichtshof wußte aber nicht recht, was anfangen mit diesem Heiden,  
deshalb ließ er ihn laufen, gab ihm aber einen Wink mit dem Zaunpfahl,  
daß Land zu verlassen und seine Kronanwartschaft als einen süßen aber  
unerfüllbaren Traum zu betrachten. Dieses Vorgehen gegen Bartlett übte  
die beste Wirkung auf die fremden Ansiedler von Samoa aus, welche ohne  
Ausnahme Malietoa als König anerkannten. Der Letztere war darüber  
so hoch erfreut, daß er ein Krönungsbanquet veranstaltete, zu welchem  
er die herbortragenden fremden Bürger, sowie seine treuesten Vasallen  
einlud. Es wurde viel Wein, Rum und Kava getrunken, nach samoan-  
ischen Begriffen auch exzellen geessen. Glückwünsche wurden dargebracht,  
begeisterte Lichreden wurden gehalten und das europäische Foscerelement  
theils mit viel, theils mit wenig Glück nachgeahmt. Während man aber  
am Hofe Malietoa's in Wonnen schwelgte, zogen sich finstere Wolken im  
Inneren der Insel Upolu zusammen. Die ewig Unzufriedenen sammelten  
sich und erklärten, wie üblich, daß das Vaterland in Gefahr sei, verrathen  
zu werden. Auf ihnen ruhe nur noch allein die Hoffnung Samoa's, sie  
seien nur noch allein der Hort seiner Freiheit und Unabhängigkeit. Wer  
sollte Samoa schützen, wenn sie es nicht thäten? Der Ursprung Ma-  
lietoa stände — das wüßten sie ganz genau — im Begriffe, die  
Inselgruppe an England zu verkaufen, der soeben abgeschlossene Ver-  
trag sei nur der einleitende Schritt in dieser Richtung. Also: „zu den Waffen“.  
Malietoa suchte den Aufstand sofort mit Seeresmacht zu unterdrücken, aber  
beim Abgang der Post hatte er noch keine Erfolge erzielt, ja seine Krieger  
hatten eine Schlappe erlitten. Das diesen Bürgerkrieg von den seitherigen  
ganz besonders unterscheidet, ist, daß auf beiden Seiten mit deutschen Zün-  
delgewehren geschossen wird. Wo diese Waffen herüber, braucht kaum  
gesagt zu werden: die Samoaner haben sie gegen Landesproducte von den  
deutschen Kaufleuten eingetauscht. Ob die Letzteren klug daran thaten,  
diesen Wilden Hinterladegewehre in die Hände zu geben, deren Läufe sich  
gelegentlich auch einmal gegen deutsche Soldaten richten können, ist eine  
Frage, die ich verneinen möchte. Hoffentlich wird der neu ernannte General-  
consul in dieser, wie in mancher andern Angelegenheit, Wandel schaffen.  
Das Kanonenboot „Albatros“, das in Apia stationirt war, ist bereits nach  
Sidney abgegangen, um dort den Generalconsul an Bord zu nehmen und  
nach seinem Bestimmungsort zu überführen. Sobald er installiert ist, wird  
er es sich wohl anlegen sein lassen, das von den Amerikanern beharrlich  
colportirte Gerücht, Deutschland beabsichtige doch noch die Samoa-  
gruppe zu annexiren, entschieden zu dementiren. Jetzt, wo Consul  
Weber sich zur Abreise nach Hamburg rüstet, circulirt dieses Gerücht  
lebhafter denn je. Man unterschätzt unsern Consul die Absicht, er ginge  
nur deshalb nach Deutschland, um bei der Reichsregierung die Annexion  
Samoa's dringend zu beschleunigen. So furchtbar ist die Phantasie dieser  
Amerikaner, daß sie jeden samoanischen Bürgerkrieg auf deutsche An-  
fütterung zurückführen. Die jetzigen Unruhen sollen ganz gewiß von den  
Deutschen angestiftet sein, und zwar, weil sie über den neuen englisch-  
samoanischen Handelsvertrag außerordentlich unzufrieden wären. Aus al-  
ledem Unfuss spricht nur der blasse Neid der Amerikaner, welchen es trotz  
ihrer gewöhnlichen Marktschreierei noch nicht hat gelingen wollen, Fortschritt  
auf der viel unwordenen Inselgruppe zu machen. Ihre Handelsbeziehungen  
haben sogar einige Einschränkungen erfahren und die bereits ins Leben  
gerufene regelmäßige Seegeschäftsverbindung zwischen San Francisco  
und Apia ist wieder aufgegeben worden. Nur dann und wann, nach Be-  
dürfnis, segelt jetzt ein Schooner zwischen diesen beiden Häfen. Auch ist es  
den Amerikanern sehr verdrießlich, daß ihr neuemworbener Hafen Pago-Pago  
nur von einem schmalen Streifen Land umgeben ist, auf welchem sie ihre  
Kohlenstationen errichten können. Was dahinter liegt, ist Eigentum des  
Häuses Godeffroy, welches diese Erwerbung schon lange gemacht hat. Der  
amerikanische Neid kann zwar die deutschen Interessen auf Samoa nicht  
schädigen, aber nothwendig ist es deshalb doch, daß ein deutscher General-  
consul mit weitgehenden Machtbefugnissen in Apia installiert wird, und sei  
es auch nur, um nöthigenfalls die Ehre des deutschen Namens zu wahren.

## Provinzial-Beitung.

Δ Breslau, 7. Jan. [Die schlesische Bienenzeitung.] Das Dr-  
gan des Generalvereins der Bienenzüchter und dessen Zweigvereine hat so-  
eben ihren dritten Jahrgang angetreten. Die Redaction ist bemüht, den  
Lesern das Beste und Beste aus der Bienenpraxis zu berichten. Sie  
findet auch damit Anerkennung, sogar über die Grenzen der Provinz hinaus.  
Mit 14 ausländischen Bienenzeitungen steht sie in Laufverehr, ebenso  
mit dem Schlesisch-Polnischen Centralblatt in 32 Exemplaren. Neuer-  
dings ist sie mit einer deutschen Zeitung für Landwirthschaft, Gartenbau  
und Bienenzucht, die in Milwaukee in Nordamerika erscheint, in Verbindung  
getreten. — Die Nummer 1 des gegenwärtigen Jahrganges bringt Neu-  
jahrswünsche in poetischer Form, Aufsätze über den elektrischen Schwarm-  
praktische Urtheile über Bienenrassen, über die Faulbrutfrage, vom Klau-  
wesen, Befruchtung, Notizen, Vereinsberichte und Inserate.

[Herr Staatsminister a. D. Dr. Friedenthal] traf gestern, von Nybnit  
kommend, wo er in Begleitung des Herzogs von Ratibor die dortige Sup-  
penanstalt besucht hatte und der Eisenbahnzug verfehlt worden war, Nach-  
mittags gegen 2 Uhr in Ratibor ein. Als Delegirter des Vaterländischen  
Frauenvereins bereist Herr Dr. Friedenthal im Auftrage Ihrer Ma-  
jestät der Kaiserin die oberchlesischen Kreise, um die von dem erwähnten  
Verein für die Nothleidenden ins Leben gerufenen Wohltätigkeitsanstalten  
einer Besichtigung zu unterziehen und mit den Vorständen der Zweigvere-  
ine über event. nothwendig werdende weitere Maßnahmen Rücksprache zu  
nehmen. (Oberschl. Anz.)

s. Waldenburg, 6. Januar. [Kirchliche Wahlen. — Sammel-  
stellen für Oberschlesien. — Von der Handelskammer.] Die  
Mitglieder der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde haben sich bei den am  
Sonntag stattgefundenen kirchlichen Wahlen nur in sehr geringer Anzahl  
betheiligt. Es wurden 6 Kirchenvorsteher und 23 Mitglieder in die Gemein-  
dervertretung gewählt. — Bei dem hiesigen Vorwärtverein gingen für die  
Nothleidenden in Oberschlesien bis zum 31. December v. J. 1038 M. und  
6 Badesie ein. Außerdem sind Sammelstellen in der Agentur der communal-  
ständischen Bank, sowie im Magistrats- und Kreisaußschuß-Bureau errichtet.  
Die Handelskammer für die Kreise Neichenbach, Schweidnitz und Walden-  
burg nahm in ihrer letzten Sitzung Kenntniz von dem ablehnenden Be-  
scheide der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahndirection auf den dies-  
seitigen Antrag wegen Herbeiführung einer größeren Fahrgehwindigkeit  
der Abendpersonenzüge von Liegnitz bezw. Königsberg nach Frankenstein und  
beschloß, bei der nächsten Konferenz der Direction mit Delegirten wirth-  
schaftlicher Körperschaften die Angelegenheit nochmals zur Sprache zu brin-  
gen. Zu Handelskammer-Mitgliedern wurden Commerzienrath Hänsche  
wieder und Kaufmann Liebig neugewählt.

L. Liegnitz, 6. Jan. [Vortrag.] Gestern Abend hielt unser Abge-  
ordneter Herr Pastor Seyffarth, vor den Mitgliedern des liberalen Wahl-  
vereins einen Vortrag über die gegenwärtige Legislaturperiode und über  
die paritätische Schule. Er sprach sich zunächst über die Parteibildung im  
Abgeordnetenhaus, über das Geschäftsverfahren in den Fractionen und im  
Hause, über die Wahlprüfungen, die Commissionssitzungen und die Wahl  
der Redner für das Plenum aus. Sodann ging Redner auf die einzelnen  
Gesetzesvorlagen über. Bezüglich der Eisenbahnvorlage sagte Redner, er sei  
urprünglich der Ansicht gewesen, nicht für Uebernahme der Bahnen durch  
den Staat stimmen zu wollen, doch habe er eine andere Ueberzeugung ge-  
wonnen. Gegen die Vorlage über Feld- und Forstpolizei spricht der Vor-  
tragende sich scharf aus und hofft, dieselbe begraben zu müssen. — Auch  
gegen das Schankstättensteuergesetz spricht derselbe. Nicht durch Polizei-  
gesetze sei Sittlichkeit im Volke zu erreichen. Das Bestätigungsrecht sei eine  
genügende Schranke gegen übermäßige Vermehrung der Anstalten. Ueber-  
gen sei der Branntwein dem Arbeiter unentbehrlich und als Stärkung  
für ihn vor allzuhoher Vertheuerung zu schützen. Auch diese Vorlage sei  
höchst wahrscheinlich todt. Aber hauptsächlich sei er gegen das Gesetz, weil  
er gar keine neue Steuer zunächst bewilligen will. Wenn ihm allenfalls  
die Wörsensteuer sympathisch ist, so müßte er auch diese vorher noch sehr  
genau prüfen. Nun kommt Redner zur Schulfrage. „Die Elbinger An-  
gelegenheit ist eine staatsrechtliche und Verwaltungsfrage. Es ist aber die  
Prinzipienfrage hineingezogen worden, namentlich von Herrn Stöcker, welcher  
auf die Simultanlehre sehr viele Vorwürfe gehäuft, die ich gern wiederlegt  
hätte, leider bin ich durch Annahme des Schlußantrags daran verhindert  
worden. Die paritätische Schule ist eine Frage, welche die ganze gebildete  
Welt bewegt, es ist die Frage des Verhältnisses zwischen der weltlichen und  
geistlichen Macht, zwischen Rom und Deutschland. Diese Frage spielt in  
Oesterreich, Belgien, Frankreich, Amerika u. s. w. Es handelt sich um Ge-  
wissenszwang oder Geistesfreiheit. Die Maiconferenz, die Generalynode und  
die in Nürnberg abgehaltene evangelisch-lutherische Konferenz haben Gründe  
gegen die Simultanlehren hervorgebracht, welche aller Vernunft Sohn  
sprechen. Der confessionelle Frieden wird durch diese mehr gehemmt als  
gefördert.“ Diese Ansichten wiederlegt Herr Seyffarth und beleuchtet die  
Frage nach vier Seiten, nach der geschichtlichen, der pädagogischen, der kirch-  
lichen und politischen. Redner bespricht schließlich eingehend die Elbinger  
Schulverhältnisse. — Lebhaftester Beifall folgte dem zweistündigen Vortrage  
seitens der zahlreichen Anwesenden.

— e. Löwen, 7. Januar. [Kirchliche Wahlen. — Statistisches. —  
Wasser.] Die kirchlichen Wahlen in der hiesigen evangelischen Gemeinde  
sind ziemlich still verlaufen; die Betheiligung war nur eine geringe: von  
den 375 Wahlberechtigten waren nur 46 zur Wahl erschienen und sind  
die Wahlen offenbar mehr nach der liberalen Seite zu ausgefallen, wie  
wir überhaupt mit den gewählten Personen durchaus zufrieden sein können.  
— In der hiesigen evangelischen Pfarodie sind im Laufe des vergangenen  
Jahres geboren 143, gestorben 109, kirchlich getraut sämtliche Ehepaare,  
nämlich 29; auch ist kein geborenes Kind ungetauft geblieben. Der Eisgang  
der Reife hat begonnen und bis jetzt wenig Schaden gethan; nur bei Kan-  
tersdorf hat sich das Eis verfestet und die tiefen Niederungen sind theilweise  
überwunden, obwohl das Wasser seit gestern Mittag stark im Fallen ist.  
Leider ist heut Frost eingetreten und das bereits sich bewegende Eis hin  
und wieder in Stillstand gerathen: auch dürften durch die Eisverfestung bei  
Kantersdorf die Ueberschwemmungen leicht größere Dimensionen annehmen.

— r. Ramlau, 6. Jan. [Kreisstag. — Standesamt.] Während  
der gestern abgehaltenen Sitzung des Kreisstages erhielt der Vorherrsche  
desselben, Herr Landrath Salice-Contessa, die Mittheilung, daß der  
Rittergutsbesitzer Herr Major v. Basse auf Polnisch-Marchwitz, der seit  
einer langen Reihe von Jahren Kreisstadtmittglied ist, und der zum Besuch  
der gestrigen Sitzung bereits die Vorlesungen getroffen, am gestrigen  
Morgen plötzlich gestorben sei. Auf Ansuchen des Herrn Landraths ehrten  
die Kreisstadtmittglieder das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von  
ihren Plätzen. Von den Vorlesungen wurde der Antrag, betreffend den Aus-  
bau der Piesitz-Straße als chausseierter Weg, nach langen  
Debatten, als ungenügend vorbereitet, vertagt. Der hierorts unter dem  
Vorherrsche des Herrn Pastor Bacht in's Leben getretene Weihenverein  
hat an den Kreisaußschuß den Antrag gerichtet, die Stationierung zweier  
Diatonissen seitens des Kreises dadurch zu unterstützen, daß denselben im  
Kreisrathshaus eine Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung unent-  
geltlich gewährt werde. Auf Empfehlung des Kreisaußschusses übernahm  
der Kreisstag neben der Gewährung der freien Wohnung auch die Be-  
heizung und Beleuchtung derselben bis zur Höhe von 100 M. pro anno,  
jedoch unter der Voraussetzung, daß der Kreis durch diese dem oben er-  
wähnten Vereine gewährte Subvention die Berechtigung erwirbt, die Thä-  
tigkeit der Diatonissen auch auf den Ramlauer Kreis ausgedehnt zu sehen.  
— Nachdem das Kreisgesetz vom 14. Mai v. J., betreffend den Verkehr  
mit Nahrungsmitteln u. s. w., in Kraft getreten ist, hat die königl. Regierung  
zu Breslau mittelst Verfügung vom 25. August v. J. die Herren Landräthe  
veranlaßt, die ihnen untergebenen Behörden ihres Bezirks in geeigneter  
Weise dahin mit Anweisung zu versehen, daß dieses Gesetz überall strikte  
zur Ausführung gebracht wird. Hierzu ist es nothwendig, daß die im § 17  
gedachten öffentlichen Anstalten zur technischen Untersuchung der Nahrungs-  
und Genussmittel in ausreichender Zahl recht bald errichtet werden; denn  
die gegen Nahrungsmittelverfälschungen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen  
würden der Hauptfache nach unwirksam bleiben, wenn nicht Einrichtungen  
in ausreichender Zahl getroffen würden, welche eine zuverlässige Unter-  
suchung verdächtigter Waaren und damit den Polizei- und Gerichtsbehörden  
die Erlangung wohlgegründeter technischer Gutachten möglich machen.  
Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Errichtung von Gesundheits-  
ämtern im Kreise doch nur mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden  
und sehr kostspielig sein würde, die Errichtung eines solchen Amtes auch  
nur eine praktische Bedeutung für die Kreisstadt Ramlau haben könne,  
hat der Kreisstag die Errichtung von Gesundheitsämtern im Kreise abge-  
lehnt und wird, falls die Stadt Ramlau für eigene Rechnung ein solches  
Amt errichtet, mit diesem dann später in Beziehungen treten. — Bei dem  
Standesamte Ramlau, mit welchem die nah gelegenen Ortschaften Böhm-  
witz, Lantau und Giesdorf verbunden sind, wurden im abgelaufenen Jahre  
227 Geburten und 191 Sterbefälle angemeldet und 53 Civiltrauungen  
vollzogen.

o. Deuthen, 7. Jan. [Zur Konferenz. — Stadtkapelle. —  
Stadtbuhr. — Dedication.] Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß, nach  
den Berichten zu urtheilen, keiner der Landräthe aus den Industriekreisen  
Deuthen, Rattowitz, Tarnowitz und Zabrze zu der Ministerialconferenz am  
3. d. Mts. in Oppeln zugezogen war, obgleich auch aus diesen Kreisen  
mehrere Berichte über örtliche Nothstände vorliegen. Allerdings scheinen  
die Verhältnisse im engeren Industriebereich zur Zeit einer Auffassung nicht  
in demjenigen Sinne und in der Weise unterliegen zu dürfen, wie solche  
für den Nothstand in den übrigen oberchlesischen Kreisen maßgebend ist,  
der Bezirk kann aber, soweit die Lebensweise und die socialen Beziehungen  
der überwiegenden Arbeiterbevölkerung in Betracht kommt, von den Ober-  
schlesien gemeinsamen Calamitäten nicht ausgeschlossen werden. Wir möch-  
ten daher auch hier die Hoffnung aussprechen, daß die staatlichen Maß-  
nahmen, welche aus Anlaß des Nothstandes für Oberschlesien in Vorberei-  
tung sind, nicht bloß auf eine zeitliche Ueberwindung des Nothstandes, viel-  
mehr auf eine dauernde Aufbesserung der oberchlesischen Culturverhältnisse  
hinzielen. — Die Stadtkapelle hat sich in Folge Anregung von ver-  
schiedenen Seiten endlich veranlaßt, ein Abonnement auf sechs Concerte zu  
eröffnen. Bei der langen, erst durch die jüngsten Feiertage unterbrochenen  
Concertpause, war es nicht zu verwundern, daß sich bereits auswärtige Ca-  
pellen, z. B. die Bergcapelle aus Königsberg, um hiesige Concerte bemühen,  
ein Umstand, der schwerlich dazu beitragen wird, die bisher der Stadtkapelle  
aus communalen Mitteln gewährte Subvention auch fernerhin als motivirt  
erscheinen zu lassen. Für unsere erfahrenen Musikverhältnisse bleiben die  
Ausichten nach wie vor sehr zweifelhaft. — Wegen des Rathhausbaues  
entbehren wir augenblicklich einer eigentlichen Stadtbuhr, welcher Mangel  
durch die auf dem katholischen Kirchthurm angebrachte Uhr nur eine theil-  
weise Abhilfe findet. Es ist daher, zumal voraussichtlich für den neuen  
Rathhausbau ein neues Uhrwerk angeschafft werden muß, der Vorschlag  
gemacht worden, die alte immer noch verwendbare Stadtbuhr auf dem evan-  
gelischen Kirchthurm anzubringen. Wir können dem Vorschlage im Interesse  
einer ausgedehnteren Zeitkontrolle nur beistimmen. — Die im Kreise Deuthen  
belegene Dedication Vobret des oberchlesischen Landgerichtes Cosel wird vom  
15. d. Mts. an wieder mit zwei Dedpferben, darunter ein Vollbluthengst,  
besetzt werden.

## Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Δ Breslau, 7. Januar. [Landgericht. — Strafkammer I. —  
Verfälschte Körperverletzung in Ausübung des Amtes. —  
Verfälschte Tödtung.] Während einerseits die §§ 110 bis 122 des  
Strafgesetzes den Widerstand gegen die Staatsgewalt bezw. gegen den  
Beamten, welcher sich in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befindet,

mit mehr oder minder hoher Strafe ahnden, dienen andererseits die §§ 331  
bis 359 des Strafgesetzes dem Publikum als Schutz gegen etwaige Ueber-  
griffe einzelner Beamten. Der § 340 insbesondere bestimmt: „Ein Beamter,  
welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes  
vorhändig eine Körperverletzung begeht oder begehnen läßt, wird mit Ge-  
fängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Sind mildere Umstände vor-  
handen, so kann die Strafe bis auf einen Tag Gefängnis ermäßigt oder  
auf Geldstrafe bis zu 900 M. erkannt werden.“ Auf Grund dieser Be-  
stimmung stand heut der Polizei-Bureau-Assistent W. von hier auf der  
Anklagebank vor der I. Strafkammer des königl. Landgerichts. Es wurde  
ihm zur Last gelegt, am 9. Januar 1879 den Brauereigehilfen Adolf  
Schlatau aus Breslau gelegentlich seiner Einlieferung in das Polizei-  
Gefängnis mittelst eines Stodes gemißhandelt zu haben. W. wurde zu  
jener Zeit als Bureau-Assistent im Sicherheitsamt des königl. Polizei-  
Präsidiums beschäftigt. Obgleich seine Anstellung noch nicht definitiv er-  
folgt war, hatte er doch den Amtseid geleistet, wurde auch schon im äußeren  
Sicherheitsdienst verwendet und befand sich deshalb im Besitz der Erken-  
nungsmarke für Criminal-Polizei-Beamte. Am Abend des 9. Januar 1879,  
kurz nach 7 Uhr, verhaftete der Criminal-Commissar Ullin in der Ohlauer-  
straße eine Lohnbirne wegen Uebertretung der sanitätspolizeilichen Vor-  
schriften. Dieser Vorgang sammelte bald eine größere Menschenmenge an.  
Nur zu leicht ist das Publikum geneigt, bei solchen Gelegenheiten gegen  
den im Civilanwege befindlichen Beamten Front zu machen. Da außerdem  
die unter fittenspolizeilicher Controle stehenden Frauenzimmer ihre Ausgänge  
selten ohne männlichen Schutz unternehmen, jene unter dem Namen „Louis“  
bekannten Begleiter aber ein Interesse daran haben, die Verhaftung zu  
hindern, so ist es in erster Reihe nothwendig, daß der Beamte ein aufmerk-  
sames Auge auf seine Umgebung hat. Er muß, will er nicht selbst Gefahr  
laufen, das Publikum mit aller Energie zurückweisen. Dem Criminal-  
Commissar Ullin erschien es bei der Verhaftung, als ob mehrere „Louis“  
in der Nähe wären, wenigstens sah er einen jungen Mann sich herandrän-  
gen, welcher eine Art Erkennungszichen jener Leute — hohe seidene Mütze  
— trug. Als U. nun „zufällig“ seinen Collegen W. zu Gesicht bekam, rief  
er diesem zu: „Halten Sie mir jenen Menschen vom Leibe!“ W. hielt den  
Fremden sowie das übrige Publikum zurück. Da sich der junge Mann  
dieser Anordnung nicht fügen wollte, im Gegentheil den Beamten schimpfte  
und bedrohte, so schlug W. mit seinem — jedenfalls mit Weisnopf ver-  
sehenen — Stode auf den Fremdling ein und erklärte ihn auch für ver-  
haftet. Im Polizei-Gefängnis angekommen, ergab die Feststellung der Per-  
sonalien des Verhafteten, daß es der bisher unbestrafte Brauereigehilfe  
Adolf Schlatau sei. Sch. soll auch hier noch, obgleich, wie wir sehen werden,  
6 Beamte in der Pförtnerstube anwesend waren, Miene gemacht haben, den  
W. in den Unterleib zu schlagen, was für diesen Veranlassung war, den  
Sch. mit einigen Stodschlägen zu reguliren. Bis hierher sind wir lediglich  
den Angaben des heutigen Angeklagten und des Criminal-Commissars Ullin  
gefolgt. Ein nicht so ganz farbloses Bild giebt es, wenn man die nach-  
folgenden eiblichen Aussagen des Verlesenen und der an jenem Abend den  
Dienst in der „Schmerzbahnen Mutter“ verübenden Gefängnisaufseher  
Kiehl und Richter in Betracht zieht. — Schlatau kam demnach nur  
zufällig die Ohlauerstraße entlang, als er einen großen Menschenauflauf  
bemerkte und sich neugierig hinzubewegte. Noch ehe er die Ursache des  
Auflaufs erfahren, gebot ihm ein unbekannter Herr — der Angeklagte —,  
er solle ihm folgen. Als Sch. dies nicht thun wollte, schlug W. mit dem  
Stod auf ihn ein und rief dabei: „h... Louis, ich schlag dich todt!“  
Um sich vor weiteren Schlägen zu schützen, griff Sch. nach dem Stod und  
schmeißte ihn dem W. zu. Als dies mißlang, ging Sch. ruhig mit,  
bittend, der Herr möge ihn doch nicht mehr schlagen. Wiederholentlich hatte  
Sch. auf das „Du“ des Angeklagten erwidert: „Mein Herr, wir haben  
doch nicht Bräderschaft gemacht.“ Beim Eintritt in die Pförtnerstube des  
Polizeigefängnisses schlug der Angeklagte ohne jede Ursache auf Neue mit  
den Worten auf ihn ein: „Na komm, v... Louis, nun werden wir ein-  
mal Bräderschaft machen.“ Der heute als Führer des 38. Inf.-Regiments  
auftretende Zeuge steht augenblicklich noch unter dem Eindruck jener  
Scene, denn nur in höchst schätzer Weise erzählt er weiter: „Ich hatte  
auf diese Weise etwa fünfzehn Schläge mit dem Stod meist auf den Rücken,  
einige jedoch auf den Kopf erhalten. Das Blut lief mir aus zwei  
Wunden des Kopfes. Nachdem man meine Personalien aufgenommen  
und meine Taschen visitirt hatte, wurde ich in eine Zelle abgeführt. Von  
dort holte man mich am nächsten Morgen gegen 10 Uhr zum Verhör. Der  
Herr, welcher mich gestern so sehr geschlagen, stand während der Zeit, daß  
ich vernommen wurde, neben mir. Schließlich sollte ich unterschreiben, dann  
könne ich gehen. In der Angst habe ich unterschrieben, ich weiß aber nicht  
was.“ — Der Vorherrsche, Herr Landgerichtsrath Haslinger, constatirt  
durch Confrontation des Sch. mit dem Zeugen Ullin, daß ein Grund zur  
Verhaftung desselben gar nicht vorgelegen habe. U. hatte befallentlich auch  
nur verlangt, den Menschen zurück zu halten, weil er fürchtete, derselbe  
würde ihn (U.) angreifen. Sch. behauptet ferner, der Angeklagte habe ihm  
nichts gesagt, daß er Criminalbeamter sei.

Von demjenigen Beamten, welche bei dem in Rede stehenden Vorfall in  
der Pförtnerstube anwesend waren und welche durch ihr bereits in der Vor-  
untersuchung abgegebenes Zeugniß mehr oder weniger belastend für den  
Angeklagten wirkten, fehlt heute wegen Krankheit entscheidend der Schutz-  
mann Kleingest. Da alle vier Beamte lediglich Belastungszeugen  
sind, wird seitens der Staatsanwaltschaft auf das Zeugniß des R. ver-  
zichtet. Schutzmann Freitag hat den Rücken gegen die Thür gekehrt ge-  
setzt. Er ist mit Ausnahme der Personalien eines von ihm eingebrachten  
Arrestanten beschäftigt gewesen und hat den Vorgängen in der Stube keine  
Beachtung geschenkt. Gehimmt ist worden. Zeuge kann sich nur auf die  
Worte W.'s erinnern: „Du Louis, jetzt werde ich Dir das Duhen an-  
streichen.“ Von den Schlägen hat R. nichts gesehen, aber gehört, daß ge-  
schlagen worden ist; von wem vermag Zeuge nicht anzugeben. Gefängnis-  
aufseher Kiehl sah der Thüre zugekehrt. Zwischen ihm, dem Ange-  
klagten und Schlatau standen mehrere Bagabunden, welche R. behufs Auf-  
nahme in das polizeiliche Asyl für Obdachlose eintragen mußte. R. konnte  
demnach nicht sehen, ob Sch. mehrmals dem W. gedroht hat. Daß Ange-  
klagter aber den Sch. mehrmals mit dem Stode schlug und dabei schimpfte,  
kann sich Zeuge noch heute erinnern. In der früheren Vernehmung hat  
R. die Angabe Schlatau's bestätigt, wonach W. mit den Worten auf Sch.  
einschlug: „Romm, Du Louis, jetzt werden wir einmal Bräderschaft machen.“  
Als Sch. in die Zelle abgeführt werden sollte, lief ihm das Blut über  
das Gesicht herab. Zeuge vermag nicht anzugeben, ob sich Sch. etwa  
schon auf der Straße eine Wunde zugezogen habe. W. mag etwa fünf bis  
sechs Mal auf Sch. eingeschlagen haben. Gefängnisaufseher Richter  
muß durch das Protokoll seiner früheren Vernehmung an die damals von  
ihm als richtig auf den Amtseid versicherten Angaben erinnert werden.  
Demnach herrschte auf dem Wege von der Pforte bis zu der Stubenthür  
(etwa vier Schritt des Hausflurs) zwischen W. und Sch. vollkommene Ruhe.  
In der Stube selbst gestulurte Sch. heftig, gleichsam als wolle er sich den  
Anordnungen W.'s nicht fügen. Eine Bedrohung des W. hat R. nicht be-  
merkt. Zeuge hatte den Schlüssel Dienst, ist also nur immer für kurze Zeit  
in der Pförtnerstube geblieben. Er hat gesehen, daß W. dem Sch. etwa  
4-6 Hiebe mit seinem „Spazierstock“ verleierte. Als Sch. von ihm in die  
Zelle eingeschlossen wurde, blutete er.

Herr Staatsanwalt Crusius hält die Schuld des Angeklagten für  
zweifellos erwiesen, auch seien die beiden, die höhere Strafe für Körper-  
verletzung bedingenden Umstände des § 340 — Beamtenqualität des An-  
geklagten und in Ausübung der amtlichen Thätigkeit begangen — nach dem  
eigenen Zugeständniß W.'s vorhanden. Man könne dem mit großer Schür-  
fertheit abgegebenen Zeugniß des Verlesenen vollen Glauben beimesse.  
Wenngleich derselbe sich seiner Verhaftung auf der Straße widergesetzt haben  
sollte, so ist es doch kaum wahrscheinlich, daß Sch. in Gegenwart von sechs  
Beamten noch in der Pförtnerstube eine drohende Haltung gegen W. ein-  
nahm. Fällt dieser Umstand weg, so bleibt die Mißhandlung des Sch.  
lediglich ein Rohheitsact, für den er die Annahme mildernder Umstände  
nicht empfehlen könne. Die Strafe bitte er auf 3 Monate Gefängnis zu  
bemessen. — Der erwähnte Verteidiger des Angeklagten, Herr Rechtsanwalt  
Bernhardt, vermag nur wenig zur Entschuldigun seines Clienten anzu-  
führen. Er schließt auf dem Umstand, daß Sch. auf der Straße dem W.  
den Stod zu entreißen suchte, auf die Möglichkeit der Widersehlichkeit Sch.'s  
auch im Polizeigefängnis. Principaliter die Freisprechung W.'s in Antrag  
bringend, hält er mindestens die Aufregtheit des Angeklagten als einen  
Grund zur Strafmilderung, deshalb erscheine eventuell eine kleine Geld-  
busse genügend. Der Gerichtshof erkannte nur nach dem Antrage des  
Staatsanwalts auf 3 Monate Gefängnis.

Eine zweite, auf „fabrillasse Tödtung“ lautende Anklage hatte ein zahl-  
reiches Auditorium, vorzugsweise den Kreisen der hiesigen jüngeren Aerzte  
angehörig, in den Sitzungsaal eingeführt. Der Eingang für die Zeugen  
(sog. Referendarengang) war in seiner ganzen Ausdehnung mit Juristen  
besetzt. Im inneren Raum des Saales endlich erschienen als vorgeladene  
Sachverständige und Zeugen die Herren Kreisphysikus Professor Dr. Frie-  
berg, Professor Dr. Fischer, Doctoren der Medicin Stenger und Langendorf  
und gerichtlicher Chemiker Apotheker Dr. Pannas.

Der Angeklagte, ein junger Mediciner, welcher vor Kurzem das Doctor-







Berliner Börse vom 7. Januar 1880.

Fonds- und Geld-Course.		Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	97,75 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3 168,70 bz
Consolidirte Anleihe	104,50 bz	do. do.	2 M. 3 167,95 bz
do. do. 1876	97,25 bz	London 100 Lstr.	3 M. 3 20,24 bz
Staats-Anleihe	97,39 bz	Paris 100 Frs.	3 M. 5 89,70 bz
Staats-Schuldenscheine	94,00 bz	Petersburg 100 R.	3 M. 6 210,39 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	103,29 bz	Warschau 100 R.	8 T. 6 21,90 bz
Berliner Stadt-Oblig.	105,20 bz	Wien 100 Fl.	2 M. 4 173,00 bz
Berliner Hyp.-Oblig.	85,50 bz	do. do.	2 M. 4 172,05 bz
Pommersche Anleihe	98,25 bz	Kurs, 40 Thaler-Loose 269,00 G	
do. do. do.	98,50 bz	Badische 35 Fl.-Loose 177,00 G	
do. do. do.	103,50 bz	Braunschw. Präm.-Anleihe 93,75 bz	
do. do. do.	98,20 bz	Oldenburg Loose 151,00 G	
Pfandbriefe		Ducaten — — — — —	
Pommersche neue	98,20 bz	Dollar 4,16 G	
Schlesische	98,40 bz	Sover. 20,27 G	
Landchaft-Central	98,25 bz	Oest. Bkn. 173,15 bz	
Kur- u. Neumark	98,50 bz	Napoleon 16,135 bz	
Pommersche	98,50 bz	Imperial — — — — —	
Pommersche	98,20 bz	Russ. Bkn. 212,25 bz	
Preussische	98,20 bz		
Wettal u. Rhein.	98,25 bz		
Sächsische	98,25 bz		
Schlesische	99,00 G		
Badische Präm.-Anl.	133,00 bzB		
Bayerische Präm.-Anl.	133,25 bz		
do. Anl. v. 1875	97,50 G		
Oöln-Mind.-Präm.-Anl.	134,50 bzG		
Sächs. Rente von 1876	75,25 bz		
Hypotheken-Certificats.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Krupp'sche Partial-Ob.	110,00 G	Divid. pro 1878	1879
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	102,00 bzG	Aach.-Mastricht.	1/2 4 33,90 bzB
Deutsche Hyp.-Bk. Pfd.	98,00 bzG	Berg.-Märkische.	1/2 4 93,25 bz
do. do. do.	102,00 bzG	Berlin-Anhalt.	1/2 4 103,25 bzB
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	101,50 bz	Berlin-Dresden.	1/2 4 17,00 bzB
Unkündb. do. (1872)	105,75 bz	Berlin-Hamburg.	1/2 4 190,00 bz
do. rückz. ab 110	111,50 G	Berlin-Potsd.-Magdb.	1/2 4 95,50 bzB
do. do. do. do.	104,80 bz	Berlin-Stettin.	1/2 4 111,60 bzG
Unk. H. d. Pr. d. Crd.-B.	103,50 G	Böhm. Westbahn.	1/2 4 95,25 bz
do. III. Em. do.	98,50 bzG	Bresl.-Freib.	1/2 4 92,25 bz
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	98,75 bzG	Cöln-Mind.	1/2 4 142,90 bz
Hyp.-Anst. Nord-G.-B.	98,75 bzG	Dux-Bodenbach.	1/2 4 62,25 bzG
do. do. Pfandbr. do.	98,75 bzG	Gal. Carl-Ludw.-B.	1/2 4 111,90 bz
Pomm. Hyp.-Briefe do.	105,00 G	Halle-Sorau-Gub.	1/2 4 25,00 bz
do. do. II. Em. do.	106,10 G	Hannover-Altenb.	1/2 4 55,00 bz
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	116,30 bz	Kaschau-Oderberg.	1/2 4 54,50 bz
do. do. II. Em. do.	113,50 G	Kronpr. Rudolfsb.	1/2 4 97,25 bz
do. 50% Pfdz. b. m. 110	105,50 G	Landw.-Bebx.	1/2 4 31,75 bz
do. 40% do. do. m. 110	104,80 bz	Magdeb.-Halberst.	1/2 4 141,10 bz
Meininger Präm.-Pfd. do.	117,75 bz	Mainz-Ludwigsh.	1/2 4 89,50 bz
Pfd. d. Oest.-Bd.-Cr.-Ge.	102,25 bzG	Niedersch.-Märk.	1/2 4 98,30 G
Schles. Bodem.-Pfdbr. do.	102,50 G	Oberschl. A. O. D. E.	1/2 4 171,10 bz
do. do. do. do.	102,50 G	do. B. — — — — —	1/2 4 148,00 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfdbr.	104,90 bzG	Oest.-Fr. St. B.	1/2 4 474,50-473,00
do. do. do. do.	101,75 G	Oest. Nordwestb.	1/2 4 286,00 G
		Oest. Südb. (Lomb.)	1/2 4 148,50-46,00
		Ostpreuss. Südb.	1/2 4 66,00 bz
		Rechte-O.-U.-B.	1/2 4 138,75 bz
		Reichenberg-Pard.	1/2 4 54,30 bz
		Rheinische.	1/2 4 152,19 bz
		do. Lit. B. (40% gar.)	1/2 4 98,25 bz
		Rhein-Nachb.-Bk.	1/2 4 13,50 bzG
		Ruman. Eisenbahn	1/2 4 44,80 bzG
		Schweiz-Westbahn	1/2 4 19,25 bzG
		Stargard-Posen.	1/2 4 102,75 G
		Thüringer Lit. A.	1/2 4 153,50 bz
		Warschau-Wien.	1/2 4 254,00 bzG
Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.	
Oest. Silber-R. (1. u. 2. L.)	61,70 bzB	Berlin-Dresden.	1/2 4 48,75 bzG
do. Goldrente (1. u. 2. L.)	71,60 bzB	Berlin-Görlitz.	1/2 4 70,00 bz
do. Papierrente (1. u. 2. L.)	60,50 bzB	Berlin-Warschau.	1/2 4 42,00 bzG
do. 400 Präm.-Anl.	— — —	Halle-Sorau-Gub.	1/2 4 80,50 bzG
do. 600 Präm.-Anl.	— — —	Hannover-Altenb.	1/2 4 214,50 G
do. 1000 Präm.-Anl.	— — —	Köln-Mind.	1/2 4 38,75 bz
do. Orient-Anl. v. 1875	59,50-59,60bz	Köln-Mind.	1/2 4 99,75 bzB
do. II. do. v. 1875	59,80-59,90bz	Magdeb.-Halberst.	1/2 4 87,75 bz
do. III. do. v. 1875	59,50 bz	do. Lit. C.	1/2 4 118,25 bz
do. Anl. d. 1877	59,40 bz	Ostpr. Südbahn.	1/2 4 99,00 bz
do. Anl. d. 1878	59,40 bz	Posen-Kreuzb.	1/2 4 68,25 bz
do. Anl. d. 1879	59,40 bz	Rechte-O.-U.-B.	1/2 4 139,25 bzB
do. Anl. d. 1880	59,40 bz	Rumanien	1/2 4 81,00 bzG
do. Anl. d. 1881	59,40 bz	Saal-Bahn	1/2 4 41,00 bzG
do. Anl. d. 1882	59,40 bz	Wien-Gera.	1/2 4 30,00 bzG
do. Anl. d. 1883	59,40 bz		
do. Anl. d. 1884	59,40 bz		
do. Anl. d. 1885	59,40 bz		
do. Anl. d. 1886	59,40 bz		
do. Anl. d. 1887	59,40 bz		
do. Anl. d. 1888	59,40 bz		
do. Anl. d. 1889	59,40 bz		
do. Anl. d. 1890	59,40 bz		
do. Anl. d. 1891	59,40 bz		
do. Anl. d. 1892	59,40 bz		
do. Anl. d. 1893	59,40 bz		
do. Anl. d. 1894	59,40 bz		
do. Anl. d. 1895	59,40 bz		
do. Anl. d. 1896	59,40 bz		
do. Anl. d. 1897	59,40 bz		
do. Anl. d. 1898	59,40 bz		
do. Anl. d. 1899	59,40 bz		
do. Anl. d. 1900	59,40 bz		
do. Anl. d. 1901	59,40 bz		
do. Anl. d. 1902	59,40 bz		
do. Anl. d. 1903	59,40 bz		
do. Anl. d. 1904	59,40 bz		
do. Anl. d. 1905	59,40 bz		
do. Anl. d. 1906	59,40 bz		
do. Anl. d. 1907	59,40 bz		
do. Anl. d. 1908	59,40 bz		
do. Anl. d. 1909	59,40 bz		
do. Anl. d. 1910	59,40 bz		
do. Anl. d. 1911	59,40 bz		
do. Anl. d. 1912	59,40 bz		
do. Anl. d. 1913	59,40 bz		
do. Anl. d. 1914	59,40 bz		
do. Anl. d. 1915	59,40 bz		
do. Anl. d. 1916	59,40 bz		
do. Anl. d. 1917	59,40 bz		
do. Anl. d. 1918	59,40 bz		
do. Anl. d. 1919	59,40 bz		
do. Anl. d. 1920	59,40 bz		
do. Anl. d. 1921	59,40 bz		
do. Anl. d. 1922	59,40 bz		
do. Anl. d. 1923	59,40 bz		
do. Anl. d. 1924	59,40 bz		
do. Anl. d. 1925	59,40 bz		
do. Anl. d. 1926	59,40 bz		
do. Anl. d. 1927	59,40 bz		
do. Anl. d. 1928	59,40 bz		
do. Anl. d. 1929	59,40 bz		
do. Anl. d. 1930	59,40 bz		
do. Anl. d. 1931	59,40 bz		
do. Anl. d. 1932	59,40 bz		
do. Anl. d. 1933	59,40 bz		
do. Anl. d. 1934	59,40 bz		
do. Anl. d. 1935	59,40 bz		
do. Anl. d. 1936	59,40 bz		
do. Anl. d. 1937	59,40 bz		
do. Anl. d. 1938	59,40 bz		
do. Anl. d. 1939	59,40 bz		
do. Anl. d. 1940	59,40 bz		
do. Anl. d. 1941	59,40 bz		
do. Anl. d. 1942	59,40 bz		
do. Anl. d. 1943	59,40 bz		
do. Anl. d. 1944	59,40 bz		
do. Anl. d. 1945	59,40 bz		
do. Anl. d. 1946	59,40 bz		
do. Anl. d. 1947	59,40 bz		
do. Anl. d. 1948	59,40 bz		
do. Anl. d. 1949	59,40 bz		
do. Anl. d. 1950	59,40 bz		
do. Anl. d. 1951	59,40 bz		
do. Anl. d. 1952	59,40 bz		
do. Anl. d. 1953	59,40 bz		
do. Anl. d. 1954	59,40 bz		
do. Anl. d. 1955	59,40 bz		
do. Anl. d. 1956	59,40 bz		
do. Anl. d. 1957	59,40 bz		
do. Anl. d. 1958	59,40 bz		
do. Anl. d. 1959	59,40 bz		
do. Anl. d. 1960	59,40 bz		
do. Anl. d. 1961	59,40 bz		
do. Anl. d. 1962	59,40 bz		
do. Anl. d. 1963	59,40 bz		
do. Anl. d. 1964	59,40 bz		
do. Anl. d. 1965	59,40 bz		
do. Anl. d. 1966	59,40 bz		
do. Anl. d. 1967	59,40 bz		
do. Anl. d. 1968	59,40 bz		
do. Anl. d. 1969	59,40 bz		
do. Anl. d. 1970	59,40 bz		
do. Anl. d. 1971	59,40 bz		
do. Anl. d. 1972	59,40 bz		
do. Anl. d. 1973	59,40 bz		
do. Anl. d. 1974	59,40 bz		
do. Anl. d. 1975	59,40 bz		
do. Anl. d. 1976	59,40 bz		
do. Anl. d. 1977	59,40 bz		
do. Anl. d. 1978	59,40 bz		
do. Anl. d. 1979	59,40 bz		
do. Anl. d. 1980	59,40 bz		
do. Anl. d. 1981	59,40 bz		
do. Anl. d. 1982	59,40 bz		
do. Anl. d. 1983	59,40 bz		
do. Anl. d. 1984	59,40 bz		
do. Anl. d. 1985	59,40 bz		
do. Anl. d. 1986	59,40 bz		
do. Anl. d. 1987	59,40 bz		
do. Anl. d. 1988	59,40 bz		
do. Anl. d. 1989	59,40 bz		
do. Anl. d. 1990	59,40 bz		
do. Anl. d. 1991	59,40 bz		
do. Anl. d. 1992	59,40 bz		
do. Anl. d. 1993	59,40 bz		
do. Anl. d. 1994	59,40 bz		
do. Anl. d. 1995	59,40 bz		
do. Anl. d. 1996	59,40 bz		
do. Anl. d. 1997	59,40 bz		
do. Anl. d. 1998	59,40 bz		
do. Anl. d. 1999	59,40 bz		
do. Anl. d. 2000	59,40 bz		
do. Anl. d. 2001	59,40 bz		
do. Anl. d. 2002	59,40 bz		
do. Anl. d. 2003	59,40 bz		
do. Anl. d. 2004	59,40 bz		
do. Anl. d. 2005	59,40 bz		
do. Anl. d. 2006	59,40 bz		
do. Anl. d. 2007	59,40 bz		
do. Anl. d. 2008	59,40 bz		
do. Anl. d. 2009	59,40 bz		
do. Anl. d. 2010	59,40 bz		
do. Anl. d. 2011	59,40 bz		
do. Anl. d. 2012	59,40 bz		
do. Anl. d. 2013	59,40 bz		
do. Anl. d. 2014	59,40 bz		
do. Anl. d. 2015	59,40 bz		
do. Anl. d. 2016	59,40 bz		
do. Anl. d. 2017	59,40 bz		
do. Anl. d. 2018	59,40 bz		
do. Anl. d. 2019	59,40 bz		
do. Anl. d. 2020	59,40 bz		
do. Anl. d. 2021	59,40 bz		
do. Anl.			